

GEMEINDE: Lärm bleibt ein Dauerbrenner

Vorschlag für spezielle Arbeitsgruppe

ZEUTHEN - Das Thema „Lärm“ wird in den S-Bahn-Gemeinden immer mehr zum Dauerbrenner. Dabei geht es nicht nur um den Fluglärm nach der BBI-Eröffnung, sondern auch um die jetzt schon bestehenden Belastungen durch Bahntrasse, Autobahn und Binnenhafen.

Die Zeuthener Grüne/FDP-Fraktion machte jetzt der Gemeindevertretung den Vorschlag, eine spezielle Arbeitsgruppe „Lärm“ ins Leben zu rufen. „Die Lebensqualität im Ort darf unter dem Lärm nicht leiden. Wir benötigen einen Lärminderungsplan für die Gemeinde“, forderte der Grünen-Abgeordnete Werner Brömme.

In der neuen Arbeitsgruppe sollten Vertreter von Bürgerinitiativen, der Gemeindevertretung und der Verwaltung mitarbeiten. „Das soll kein weiteres bürokratisches Monster werden, sondern der Koordination der verschiedenen Bürgerinitiativen dienen“, sagte der FDP-Abgeordnete Knut-Michael Wichalski. Elke Herer von der BI „Bahnlärm“ unterstützte den Vorschlag zur Gründung eines solchen Gremiums, bei dem Informationen zusammenfließen und Aktionen abgesprochen werden könnten.

Die Abgeordneten erkennen durchaus die Brisanz des Themas. Dennoch sprach sich nicht nur Michael Wolter von der CDU-Fraktion gegen eine weitere Arbeitsgruppe in der Gemeindevertretung aus. „Dem Thema ‚Lärm‘ kann sich auch der Fachausschuss annehmen“, betonte Wolter. Bürgermeisterin Beate Burgschweiger (SPD) sah in dem Fraktionsantrag ein sichtbares Zeichen dafür, wie wichtig das Thema „Lärm“ inzwischen im Ort und den Nachbargemeinden geworden ist. Sie plädierte für ein Zusammengehen der Kommunen. „Nur durch ein gemeinsames Auftreten können die Verantwortungsträger gezwungen werden, mehr Mittel für den Lärmschutz bereit zu stellen“, betonte Burgschweiger. Sie schlug vor, dass der Wirtschaftsausschuss den Fraktionsantrag noch eingehender beraten sollte.

Die CDU-Fraktion schlug nach dieser Debatte vor, den Antrag zur Gründung einer Arbeitsgruppe „Lärm“ an die Bürgermeisterin zu verweisen. Diese will nun alle Akteure in dieser Sache einladen, um Fragen einer besseren Bürgerinformation und das gemeinsame Handeln abzusprechen. Das Thema „Lärm“ bleibt somit auf der Tagesordnung.

(Von Uta Schmidt)

Quelle: MAZ 28.06.2011